

REPUBLIK 21

Die Denkfabrik R21 bezeichnet sich als Thinktank für neue bürgerliche Politik, der sich für einen schlanken Staat und einen weltoffenen Patriotismus einsetzt.^[1] Als vermeintliche Gefahren werden genannt: Woke Identitätspolitik, ausufernder Sozialstaat und Regulierungen. Der Vorsitzende Andreas Rödder hat Verständnis für den Kulturkampf der MAGA-Bewegung, lehnt eine Brandmauer gegenüber AfD ab und plädiert sogar dafür, im Falle einer CDU-Minderheitsregierung mit ihr abzustimmen.^{[2][3]} Zu den Akteuren der Denkfabrik gehören rechtskonservative und libertäre CDU- und FDP-Politiker, Leiter von Unternehmen und Gremienmitglieder einflussreicher Interessenverbände sowie wirtschaftsnahe Wissenschaftler. In der Klima- und Energiepolitik setzt sich R21 für den Emissionshandel, den Abbau staatlicher Vorgaben, eine geringere Einspeisung Erneuerbarer Energien und die Wiederinbetriebnahme der stillgelegten AKW ein. R21 betreibt eine Kampagne gegen den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk (ÖRR), in dem Linke und Grüne überrepräsentiert seien.

Der CDU-nahe Verein wird seit seit 2026 auf Betreiben von Jens Spahn, Fraktionsvorsitzender der Union, aus dem Etat des Bundeskanzleramtes gefördert.

Denkfabrik R21	
Hauptsitz	Baiersburger Straße 25, München
Gründung	2021
Tätigkeitsbereich	CDU-nahe konservative Denkfabrik
Mitarbeiter	
Etat	
Webadresse	denkfabrik-r21.de

Inhaltsverzeichnis

1 Verhältnis zur AfD	2
2 Internationale Vernetzung	2
3 Klima/Umwelt	2
4 Verkehr	4
5 Kernkraft	5
6 Kampagne gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR)	5
7 Staatliche Förderung	6
8 Vorstand	7
9 Geschäftsführung	7
10 Team	7
11 Beirat	7
12 Experten	8
13 Expertenrat für Klima und Energie	8
14 Finanzen	9
15 Einzelnachweise	9

Verhältnis zur AfD

Der Vorsitzende Rödder lehnt eine Brandmauer gegenüber der AfD ab und plädiert sogar dafür, im Falle einer Minderheitsregierung mit ihr abzustimmen.^[4] Problematisch wäre es erst, wenn sich die CDU offiziell von der AfD tolerieren ließe und dafür Absprachen eingehen würde; das wäre eine rote Linie.^[5] Nach massiver Kritik aus der CDU an dieser Position hat er im September 2023 den Vorsitz der Grundwertekommission der CDU niedergelegt. In einem Brief an den Parteivorsitzenden Merz erklärte Rödder, Merz habe "deutlich gemacht, dass ich mich zwischen meiner intellektuellen Freiheit und der Leitung der Grundwertekommission entscheiden müsse".^[6] Im Februar 2025 sprach sich Rödder dagegen aus, die AfD hinter einer Brandmauer zu "quarantänisieren".^[7]

Das Beiratsmitglied Marie-Christine Ostermann ist Präsidentin des Verbands [Die Familienunternehmer](#). Anfang Oktober 2025 hat der Verband zu seinem parlamentarischen Abend auch Leif-Erik Holm, den wirtschaftspolitischen Sprecher der AfD-Fraktion, eingeladen.^[8] Albrecht von der Hagen, Hauptgeschäftsführer des Verbandes, soll dort laut Süddeutscher Zeitung gesagt haben: „Diese Brandmauer zur AfD – auch auf Bundesebene, die von den meisten Verbänden bislang aufrechterhalten wurde – hat nichts gebracht. Wir verabschieden uns von den Brandmauern.“^[9] Ostermann habe eine Mail an die Mitglieder versandt, in der es heiße: „Diskutieren heißt nicht akzeptieren. Dämonisierung der AfD ist gescheitert. Extremisten in der Sache stellen.“ Nach scharfer Kritik und dem Austritt von Mitgliedsunternehmen hat der Verband seine Haltung zur AfD korrigiert. "Wir müssen andere Wege der Auseinandersetzung finden, wie wir der AfD kritisch begegnen und gleichzeitig deutlich machen können, wofür wir stehen." ,sagte Ostermann.^[10] Auch durch Äußerungen der Partei sei der falsche Eindruck entstanden, dass man die Partei stärken wolle.^[11]

Stefan Kooths, Mitglied des R21-Expertenrats für Klima und Energie, ist Vorsitzender der libertären [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), die der AfD nahe steht.

Internationale Vernetzung

R21 ist assoziiertes Mitglied des "Economic Freedom of the World Network" mit Sitz beim kanadischen [Fraser Institute](#), dem liberale und libertäre Denkfabriken aus über 100 Ländern angehören.^[12] Das Institut wird nach eigenen Angaben u.a. unterstützt vom Charles Koch Institute (der US-Milliardär [Charles G. Koch](#) finanziert seit Jahrzehnten Klimafaktenleugner-Organisationen), der [\[Rising Tide Foundation\]](#) und der [Sarah Scaife Foundation](#), eine Stiftung der Scaiffe Family, die seit 2020 mindestens 21 Mio. Dollar an Organisationen gespendet hat, die hinter dem Project 2025 der [Heritage Foundation](#) stehen.^{[13][14]}

Die Mitglieder sind Mit-Herausgeber des „Economic Freedom of the World Report“ und werden

Klima/Umwelt

In den [Eckpfeilern bürgerlicher Klima- und Energiepolitik Juni 2024](#) heißt es: „Statt Vorgaben, Subventionen und Verbote sollten vornehmlich Preissignale die CO2-Reduktion senken [...] Das Reformdreieck einer bürgerlichen Klima- und Energiepolitik ist marktwirtschaftlich, technologieoffen und international koordiniert.“

Leitinstrument ist für R21 der Emissionshandel. Bisher fließen die Einnahmen aus dem Emissionshandel in den [Klima- und Transformationsfonds](#), der nur für klimafreundliche Maßnahmen genutzt werden darf.^[15] Nach den Vorstellungen von R21 sollen mit den Einnahmen der CO₂-Bepreisung, etwa über eine Senkung der Einkommenssteuer, der Mehrwertsteuer oder der Netzentgelte, Unternehmen und Bürger entlastet werden. Der entsprechende Einnahmeausfall beim Klima- und Transformationsfonds käme einer Einschränkung des Umweltschutzes gleich. Damit die Menschen steigende CO₂-Preise akzeptieren und sie finanziell ertragen können, sieht der EU-Emissionshandel bereits vor, einen Teil der Einnahmen direkt für den sozialen Ausgleich zu nutzen. Wie genau das aussehen wird, ist noch nicht klar.^[16] Der von R21 empfohlene Ausgleich über eine Senkung der Einkommenssteuer hätte zur Folge, dass Geringverdiener, die überhaupt keine Einkommensteuer zahlen, leer ausgingen. Am meisten profitierten Menschen, die eine hohe Einkommensteuer entrichten, und entsprechend viel verdienen. Es wäre das Gegenteil von sozialem Ausgleich. Die ausschließliche Fokussierung auf die hohen Kosten des Klimaschutzes blendet im Übrigen aus, dass effektiver Klimaschutz die Folgekosten des Klimawandels senkt, und damit folgende Generationen entlastet.

Unter Technologieoffenheit wird auf Kernkraft, Fracking und Carbon Capture and Storage (CSS) verwiesen. Vorgaben und Verbote etwa für den EU-Flottenverbrauch, die Energieeffizienz, die öffentliche Beschaffung oder den Ausbau und die Einspeisung von Erneuerbaren Energien sollten deutlich heruntergefahren werden. Der doppelte Ausstieg aus Kohle und Atom sowie das geplante Verbot des Verbrennungsmotors gefährdeten den Industriestandort Deutschland und erhöhten die Abhängigkeit von kritischen Rohstoffen.

Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt, beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) bezweifelt, dass der Markt im Grunde alles regelt, und illustriert die Notwendigkeit gesetzlicher Rahmenbedingungen am Beispiel Heizungsgesetz: „Wenn unklar bleibt, wann Gasnetze stillgelegt werden, können weder Netzbetriebe noch Kommunen noch Immobilienbesitzende vernünftig planen. Investitionen werden aufgeschoben oder in die falsche Richtung getätigt. Die verbliebene Gaskundschaft zahlt explodierende Netzentgelte. Stranded Assets in Milliardenhöhe entstehen, die am Ende alle bezahlen müssen. Das ist kein freier Markt; das ist Marktversagen“.^[17] Das Mantra der Technologieoffenheit werde vorgeschoben, um emissionsintensive Verfahren bei Verbrennungsmotoren genauso wie bei Kraftwerken oder der Stahlproduktion möglichst lange offenzuhalten.^[18]

R21 betreibt den [ökonomischen Klimapodcast Der Preis ist heiß](#), dessen dritte Staffel von der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) unterstützt wurde.^[19]

Die folgenden Akteure von R21 haben - jedenfalls früher - klimaskeptische Positionen vertreten:

Das Beiratsmitglied **Ulrike Ackermann** vertrat 2011 in der NZZ in einem Artikel mit der Überschrift „Paternalismus und Ökodiktatur“ die folgenden Thesen: „Den Primat der Politik über die Ökonomie wollen EU-Bürokratie, die europäischen Regierungschefs und ihre Finanzminister durchsetzen. Das Heil sehen sie in noch mehr zentraler Planung, Lenkung, Egalisierung und Vereinheitlichung [...] Unschwer lassen sich in der grünen Programmatik altbekannte Denkfiguren wiederfinden. Paternalismus, Egalitarismus und Etatismus sind Restbestände linker wie rechter Ideologien des 19. und 20. Jahrhunderts, mit denen wir offensichtlich bis heute zu kämpfen haben. Gemeinsam ist ihnen, die Menschen erziehen und sie, wenn nötig, zu ihrem Glück zwingen zu wollen. In modernem Gewande, verbunden mit Kapitalismus- und Wachstumskritik, ist die Ökologie die neue Heilslehre geworden, die erlösen soll von allen Übeln und an der die Menschheit genesen soll [...] Ideologische Schützenhilfe erhalten die Grünen vom Wissenschaftlichen Beirat der deutschen

Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). Mit einem neuen Gesellschaftsvertrag will das Gremium die grosse ökologische Transformation in eine kernkraft- und kohlefreie Weltwirtschaft auf den Weg bringen. Garant soll der starke, gestaltende Staat sein, der für die «gesellschaftliche Problematisierung» nicht nachhaltiger Lebensstile sorgt. Klimaschutz soll allgemeines Staatsziel werden [...] Politisch unkorrekten Freiheitsliebenden als auch heute noch zu schützender Minderheit sei doch dann auch das Schmähwort der «Ökodiktatur» für derartige Ansinnen gestattet.^[20]

Experte **Alexander Eisenkopf** stellte sich 2016 -gemeinsam mit einem Kollegen - in einem Minderheitenvotum gegen Vorschläge des Wissenschaftlichen Beirats des Verkehrsministeriums und suggerierte dabei Zweifel am menschengemachten Klimawandel, indem sie den anthropogenen Treibhauseffekt als gering einschätzten.^[21] Um ihre Aussagen zu untermauern, nutzen Eisenkopf und Knorr zudem Quellen des populären Klimaskeptikers Gerd Ganteför und des Klimaleugnerinstituts (EIKE). Prof. Rahmstorf vom Potsdam Institut für Klimaforschung postete: „Was diese beiden Wissenschaftler dort schreiben ist haarstreuender Klimaskeptikerquatsch, und die zitierten Quellen sind entsprechend auch nicht die klimawissenschaftliche Fachliteratur“.^[22]

Stefan Kooths, Mitglied des R21-Expertenrats für Klima und Energie, hat selbst den menschengemachten Klimawandel nicht infrage gestellt. Er ist jeoch Vorsitzender der libertären [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), die Leugnern des menschengemachten Klimawandels sowie Gegnern der ökologischen Energiewende ein Forum bietet. Folgende Mitglieder der Hayek-Gesellschaft wirken beim Klimaleugner-Institut [EIKE](#) mit: Holger Thuß ist Präsident von EIKE; Michael Limburg ist Vizepräsident von EIKE; Wolfgang Müller ist Generalsekretär von EIKE. Auf der [neunten Konferenz](#) der Monatsschrift [eigentümlich frei](#) (EF), wo sich libertäre und rechtsgerichtete Organisationen vernetzen, übernahm Carlos A. Gebauer, Stellv. Vorsitzender und Justiziar der Hayek-Gesellschaft sowie Vorsitzender des neu gegründeten [Javier Milei Instituts](#), die Moderation. Zu den Referenten gehörten:

- [Gerd Habermann](#), Ehrenvorsitzender der Hayek-Gesellschaft
- Alexander Kissler, Redakteur bei [Nius](#)
- Markus Krall, Vorstandsvorsitzender der [Atlas-Initiative](#)
- Dirk Maxeiner, Gründungsherausgeber der [Achse des Guten](#)
- Thorsten Polleit , Präsident von [Mises Deutschland](#)
- Holger Thuß, Präsident von [EIKE](#) und Policy Expert des [Heartland Institute](#)^[23]

Verkehr

Die [Bürgerliche Verkehrspolitik](#) setzt auf die Einbeziehung fossiler Treibstoffe in den Emissionshandel. Alle sonstigen Regulierungen und Verbote seien damit obsolet. Abgelehnt werden z.B.: Verbrennerverbot und Flottengrenzwerte, spezielle Zulassungssteuern oder Nutzungseinschränkungen für Verbrennerfahrzeuge, Kaufprämien für Elektroautos, Verbot innerdeutscher Kurzstreckenflüge, Einführung einer Kerosinsteuer, einseitige Ausrichtung der Investitionstätigkeit auf den Schienenverkehr. Zuschläge für Schadstoff-, Lärm- und CO2-Emissionen zur Lkw-Maut sollten umgehend abgeschafft werden. Grundsätzlich wird kritisiert, dass der öffentliche Verkehr und der zum großen Teil staatlich dominierte Schienenverkehr durch Subventionen und eine prioritäre Behandlung vor Konkurrenz weitgehend geschützt werden und einen wesentlich größeren Anteil am Verkehrsmarkt übernehmen soll. Dies begünstige ineffiziente Strukturen und vermindere den Innovationsdruck. Nicht zuletzt zähle die „Zentralisation des Transportwesens in den Händen des Staates“ zu den zehn zentralen „Maßregeln“ des Kommunistischen Manifestes von 1848, die allesamt despotische Eingriffe in die Eigentumsrechte der Bürger darstellten. In der Förderung der Deutschen Bahn und des öffentlichen Nahverkehrs scheint der Verfasser, Alexander Eisenkopf, ein Einfallstor in den Kommunismus zu sehen.

Kernkraft

Thema der [Anschaltkonferenz](#) für Kernkraftwerke 2025 war die Möglichkeit einer Wiederinbetriebnahme mehrerer deutscher AKW. Laut Tagungsbericht forderten die Teilnehmer, zu denen Kristina Schröder und Veronika Wendland von R21 gehörten, die Reaktivierung deutscher Kernkraftwerke^[24] Organisiert wurde die Konferenz von der Lobbyorganisation [Nuklearia](#) und der [Radiant Energy Group](#), einer Strategieberatung mit Sitz in Chicago, die Demonstrationen gegen den Atomausstieg organisierte^[25], und Mitglied im Verband [World Nuclear Association](#) ist. Gründer und Direktor ist [Mark Nelson](#), der beabsichtigt, das deutsche Volk davon zu überzeugen, die Entscheidung zur Stilllegung der Kernkraftwerke des Landes rückgängig zu machen.^[26] Die Investmentfirma O'Shaughnessy Ventures LLC (OSV) hat Nelson zum Fellow ernannt, was mit einer Zuwendung von 100.000 Dollar und dem Zugang zum OSV Netzwerk von Gründern, Investoren und Experten verbunden ist.^[27] Zu den Referenten gehörte auch Martin Pache, Managing Director von Westinghouse Electric Germany, und Mitglied des Vorstands des Branchenverbands [Kerntechnik Deutschland](#), der sich laut Lobbyregister für die „Wiederinbetriebnahme von Kernkraftwerken, Wiedereinstieg in Kernenergienutzung“ einsetzt.^[28]

Das Gutachten der Radiant Group [Wiederinbetriebnahme deutscher Kernkraftwerke: Machbarkeit und Zeitplan](#) vom Mai 2025 kam zu folgendem Schluss: „Die Wiederinbetriebnahme der deutschen Kernreaktoren ist technisch machbar und volkswirtschaftlich sinnvoll. Es wurden keine unüberwindbaren Hindernisse festgestellt“. Zur Wiederinbetriebnahme abgeschalteter AKW erklärte dagegen eine Sprecherin von Preussen Elektra am 17.04.2026 für das zuletzt stillgelegte Werk Isar 2: „Wir bleiben dabei: Aus unserer Sicht ist die Anlage nicht mehr reaktivierbar.“^[29]

Der Klimabeirat Hamburg, der den Hamburger Senat berät, kam in einer im Juli 2025 veröffentlichten [Studie](#) zum Ergebnis: „Immer wieder wird die Nutzung der Atomenergie als Lösung für eine klimaneutrale Energieerzeugung diskutiert. Der Klimabeirat Hamburg weist Forderungen nach einem Wiedereinstieg in die Nutzung der Atomenergie entschieden zurück. Ein Wiedereinstieg in die Atomenergie ist klima- und umweltpolitisch falsch sowie volkswirtschaftlich und energiewirtschaftlich nicht begründet.“ Zur Förderung der Kernkraft durch die EU erklärte Bundesumweltminister Carsten Schneider: "Es spricht Bände, dass der Kern dieser rückwärtsgewandten Strategie aus neuen Subventionen für Atomkraftwerke besteht. Wenn eine Risiko-Technologie nach einem dreiviertel Jahrhundert noch immer am staatlichen Tropf hängt und es längst bessere Alternativen gibt, sollte man daraus Konsequenzen ziehen. Stattdessen noch mehr Steuergeld für neue Risikoreaktoren auszugeben, lehne ich ab".^[30]

Kampagne gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR)

Im [Diskussionspapier Neue Demokratische Öffentlichkeit April 2026](#) werden Strukturreformen und eine politische Neuausrichtung des ÖRR gefordert. Beklagt wird die Einseitigkeit von Themenauswahl und im Meinungsspektrum. Laut einer Inhaltsanalyse sei die Berichterstattung eher sozialstaats- als marktorientiert; in vielen Redaktionen seien die Journalisten eher links der Mitte zu verortet. Als politisch einseitig werden etwa „Report“, „Panorama“ und „Monitor“ kritisiert. Politische Pluralität sollte auch für Mischformate aus Satire und Journalismus gelten. Das könnte konkret heißen, dass das ZDF auf dem gleichen Sendeplatz des „Magazin Royale“ an einem anderen Wochentag ein Format gleicher Machart, jedoch mit politisch konträrer Ausrichtung setzt.

R21 kooperiert mit dem umstrittenen, von einem CSU-Lokalpolitiker betriebenen „ÖRR Blog“, der immer wieder durch Verbreiten von Populismus und unzutreffenden Behauptungen auffällt.^[31] Inzwischen gibt es einen [Watch-Blog](#), der die zahlreichen Fehler und Unsauberkeiten des „ÖRR Blogs“ dokumentiert.^[32]

Leiterin der "Initiative für einen besseren öffentlich-rechtlichen Rundfunk" ist Alice Klinkhammer, Referentin für Medienpolitik und Öffentlichkeit.^[33]

Das Beiratsmitglied Eric Gujer, Chefredakteur der NZZ, nannte den ÖRR „verrotet“ und fragte die Unions-Politiker, die sich in den vergangenen Wochen kritisch über den Umgang des NDR mit der BR-Reporterin Julia Ruhs äußerten, warum sie so lange zur „Verwandlung des öffentlichrechtlichen Rundfunks in eine rot-grüne Propagandamaschine“ geschwiegen und ob sie „in den letzten Jahre geschlafen oder in einem anderen Land gelebt“ hätten.^[34] Nach Recherchen von ÜBERMEDIEN stimmt keines der drei von Gujer für eine unseriöse Berichterstattung des ÖRR genannten Beispiele. Es sei in jedem Fall ein bisschen ironisch: „All diese Halbwahrheiten und Verdrehungen stehen in einem Text, der ARD und ZDF „Halbwahrheiten und Verdrehungen“ vorwirft. Gujer fordert in einem zutiefst unseriösen Artikel eine „seriöse rundfunkpolitische Debatte“. Er meint, die Union dürfe das Thema nicht den „schrecklichen Vereinfachern von der Union überlassen“ und vereinfacht es schrecklich, indem er etwa dem ZDF vorwirft, es „generell (!) mit der Wahrheit nicht so genau“ zu nehmen.^[35]

Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg (VGH) hat am 14./15. April 2026 Berufungsverfahren zur Frage entschieden, ob der Rundfunkbeitrag mit Blick auf die Vielfalt und Ausgewogenheit des öffentlich-rechtlichen Programmangebots mit Verfassungsrecht im Einklang steht.^[36] Er hat die Berufungen der Klägerinnen und Kläger zurückgewiesen und damit die Urteile der Verwaltungsgerichte bestätigt. In der Pressemitteilung heißt es: „Evidente und regelmäßige Defizite hinsichtlich der gegenständlichen Vielfalt und Ausgewogenheit des Gesamtprogramms sind nach Auffassung des VGH nicht feststellbar. Der Rundfunk deckt durch umfangreiche Angebote in Fernsehen, Hörfunk und Mediathek die Bereiche Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung einschließlich Sport jeweils in ihrer vollen Breite ab.“^[37]

Staatliche Förderung

Der CDU-nahe Verein wird seit 2026 auf Betreiben von Jens Spahn, Fraktionsvorsitzender der Union, aus dem Etat des Bundeskanzleramtes gefördert: 2026 erhält er 500.000 Euro; insgesamt beläuft sich die Förderung in den nächsten vier Jahren auf zwei Mio. Euro.^{[38][39]} R21-Leiter Rödder und Jens Spahn sind Vorstandskollegen in der CDU-nahen Konrad Adenauer Stiftung.^[40] In ihrem "Bürgerlichen Manifest" hatte R21 noch gefordert, die öffentlichen Gelder für NGOs mit einer politischen Agenda zu streichen.^[41]

Zunächst war eine institutionelle Förderung vorgesehen, was laut Tagesspiegel ungewöhnlich ist. Üblicherweise beantrage ein Verein zunächst eine Projektförderung.^[42] Sofern sich der Verein bewähre, könne die Projektförderung in eine institutionelle Förderung überführt werden. Bei R21 sei das nicht der Fall gewesen. Die institutionelle Zuwendung wurde aufgrund von Beschlüssen des Bundestages veranschlagt.^[43] Die Darlegung eines erheblichen Bundesinteresses nach der Bundeshaushaltsordnung konnte entfallen, weil Zuwendungen auf Grundlage von Bundestagsbeschlüssen diese Voraussetzungen grundsätzlich erfüllten. Nach der Kritik wurde die Förderung dann als eine auf vier Jahre befristete Projektförderung beschlossen.^[44]

Ein Gutachten im Auftrag von Campact kommt zum Ergebnis, dass R21 die Gemeinnützigkeit verlieren müsse: „Es gebe ausreichend Beweise, dass R21 ihren gemeinnützigen Status als Tarnung nutze, um parteiprogrammatische Arbeit und öffentliche Meinungskampagnen zu machen.“^[45] So könnte man aus ihren Forderungspapieren glatt ein Wahlprogramm binden.

Vorstand

Der [Vorstand](#) besteht aus

- Andreas Rödder (Leiter), ehem. Vorsitzender der CDU-Grundwertekommission^[46], Professor für Neueste Geschichte an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Mitglied im Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung, Präsident der Stresemann-Gesellschaft
- Kristina Schröder (Stellv. Leiterin), selbständige Unternehmensberaterin, Publizistin und Kolumnistin bei der WELT, Botschafterin bei der [INSM](#), Rednerin bei der [Anschaltkonferenz](#) für Kernkraftwerke 2025 (Organisatoren: [Nuklearia](#) und [Radiant Energy Group](#)), ehem. CDU-Politikerin (MdB, Bundesministerin für Familie) und Vorsitzende des Kuratoriums der [Union Academy](#) der CDU Hessen
- Harald Mosler (Finanzvorstand), selbständiger Rechtsanwalt, CEO der Apavari Software Europe GmbH, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Kraft Baustoffe - Unternehmensgruppe^[47], Mitglied im Bundesfachausschuss für Rechts- und Wettbewerbsfragen des [Bundesverbands IVD Die Immobilien Unternehmer](#).^[48]

Geschäftsführung

- Martin Hagen (Geschäftsführer), FDP-Politiker, ehem. Mitglied des FDP-Bundesvorstands, ehem. Landesvorsitzender der FDP Bayern. Wolfgang Kubicki, der die FDP zu einer rechtsliberalen Partei machen will, hat Hagen als Generalsekretär vorgeschlagen.^[49]
- Danny Pichottka (Leiter des Hauptstadtbüros und Mitglied der Geschäftsführung)

Team

- Lukas Behrendt, Referent für internationale Beziehungen und politische Theorie
- Alice Klinkhammer, Referentin für Medienpolitik und Öffentlichkeit

Beirat

Die Mitglieder des Beirats sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- Ulrike Ackermann, Direktorin des John Stuart Mills Instituts für Freiheitsforschung, Expertin des [Roman Herzog Instituts](#), das von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und den Arbeitgeberverbänden der bayerischen Metall- und Elektroindustrie finanziert wird, Mitglied des Strategischen Beirats von [Die Familienunternehmer](#)^[50], Mitglied des [Netzwerks Wissenschaftsfreiheit](#)
- Nikolaus von Bomhard, Aufsichtsratsvorsitzender der Munich Re AG und der Deutschen Post AG
- Eric Gujer, Chefredakteur der Neuen Zürcher Zeitung
- Sandra Kostner, Geschäftsführerin des Masterstudiengangs „Interkulturalität und Integration“ an der Pädagogischen Hochschule in Schwäbisch Gmünd, Vorsitzende des [Netzwerks Wissenschaftsfreiheit](#)
- Johannes Marten, Gründer und Partner von [KAIROS CEO-Consulting](#)

- Marie-Christine Ostermann, Geschäftsführende Gesellschafterin der Rullko Großeinkauf GmbH & Co. KG und Präsidentin des Verbandes [Die Familienunternehmer](#), ehem. Bundesschatzmeisterin der FDP NRW, ehem. Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#)^[51]
- Karl-Heinz Paqué, Professor für Volkswirtschaft an der Universität Magdeburg, FDP-Politiker, bis März 2026 Vorsitzender der Friedrich Naumann Stiftung, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der [Deutsche Stiftung Eigentum](#), Beiratsmitglied des [Bundesverband mittelständische Wirtschaft](#)
- Martin Wiesmann, Managing Partner bei der Lobbyorganisation [Berlin Global Advisors GmbH](#), Mitglied des Aufsichtsrats der LEG Immobilien SE, Düsseldorf, Mitglied der [Atlantik-Brücke](#)^[52]

Experten

Die Experten sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören

- Alexander Eisenkopf, Hochschullehrer an der Zeppelin Universität Friedrichshafen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#) und des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen und ehem. Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesvereinigung Logistik^[53] sowie Autor des rechtslibertären Blogs „Achse des Guten“, Autor,^[54]
- Manuel Frondel, Prof. für Energieökonomik und angewandte Ökonometrie an der Ruhr-Uni Bochum, Leiter des Bereichs „Umwelt und Ressourcen beim Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)“, Mitglied des Expertenrats von [4Pi Solutions](#), beteiligte sich an einer [Kampagne der INSM und des RWI gegen die Förderung des Ökostroms](#). Seine Studien sind umstritten.^[55] 2025 sah er Bundeswirtschaftsminister Habeck auf dem Weg in die Öko-Diktatur^[56]
- Nils Hesse, Co-Gründer von [IE DEZENTRALE - Netzwerk für marktwirtschaftliche Kompetenz](#), Affiliated Fellow des [Walter Eucken Institut](#), arbeitete als wirtschaftspolitischer Referent unter anderem im Bundeskanzleramt, [Bundesverband der Deutschen Industrie](#), EU-Kommission und Bundeswirtschaftsministerium^[57]
- Nathalie Mekelburger, Geschäftsführende Gesellschafterin von Coroplast, Mitglied des Kuratoriums der [Stiftung Familienunternehmen und Politik](#), Mitglied im Vorstand des [Verband der Automobilindustrie](#)

Expertenrat für Klima und Energie

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. ZU ihnen gehören:

- Reinhold von Eben-Worlée, Geschäftsführender Gesellschafter der E.H. Worlée & Co. (GmbH & Co.) KG, Präsidiumsmitglied im [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI) und im Unternehmensverband [AGA](#), ehem. Präsident des Verbands [Die Familienunternehmer](#)
- Manuel Frondel, Prof. für Energieökonomik und angewandte Ökonometrie an der Ruhr-Uni Bochum, Leiter des Bereichs „Umwelt und Ressourcen beim Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)“, Mitglied des Expertenrats von [4Pi Solutions](#), beteiligte sich an einer [Kampagne der INSM und des RWI gegen die Förderung des Ökostroms](#). Seine Studien sind umstritten.^[58] 2025 sah er Bundeswirtschaftsminister Habeck auf dem Weg in die Öko-Diktatur^[59]
- Nils Hesse, Co-Gründer von [DIE DEZENTRALE - Netzwerk für marktwirtschaftliche Kompetenz](#), Affiliated Fellow des [Walter Eucken Institut](#), arbeitete als wirtschaftspolitischer Referent unter anderem im Bundeskanzleramt, [Bundesverband der Deutschen Industrie](#), EU-Kommission und Bundeswirtschaftsministerium^[60]

- Stefan Kooths, Direktor des Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum beim Kieler Institut für Weltwirtschaft, Professor für Volkswirtschaft an der [BSP Business and Law School](#), Vorsitzender der libertären [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#)^[61] Präsident des Mittelstandswerks [Internationaler Wirtschaftssenat](#), Referent bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion^[62], Mitglied des Akademischen Beirats beim [Liberales Institut Zürich](#), Mitgründer des [Javier Milei Instituts](#), Mitglied der [Mont Pelerin Society](#)
- Veronika Wendland, Osteuropa- und Technikhistorikerin, wirbt seit Jahren für die Kernenergie, bis 2021 als Vorstandsmitglied von [Nuklearia](#), Sie war Rednerin bei der [Anschaltkonferenz](#) für Kernkraftwerke 2025 (Organisatoren: [Nuklearia](#) und [Radiant Energy Group](#)). Letztere ist eine Strategieberatung mit Sitz in Chicago, die Demonstrationen gegen den Atomausstieg organisierte^[63], und Mitglied im Verband [World Nuclear Association](#) ist. Gründer und Direktor ist [Mark Nelson](#), der beabsichtigt, das deutsche Volk davon zu überzeugen, die Entscheidung zur Stilllegung der Kernkraftwerke des Landes rückgängig zu machen.^[64] Die Investmentfirma O'Shaughnessy Ventures LLC (OSV) hat Nelson zum Fellow ernannt, was mit einer Zuwendung von 100.000 Dollar und dem Zugang zum OSV Netzwerk von Gründern, Investoren und Experten verbunden ist.^[65]
- Joachim Weimann, (em.) Professor für Volkswirtschaftslehre an der Otto von Guericke Universität Magdeburg, dem 2020 von seinem heutigen Expertenrats-Kollegen Reinhold von Eben-Worlée, damals Präsident des Verbands [Die Familienunternehmer](#), dessen Ordnungspolitische Preis verliehen wurde.^[66] Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert. 2019 verfasste Weimann ein Kurzgutachten für [Die Familienunternehmer](#) zum Thema [Die Zukunft der Klimapolitik](#). Er ist Autor des Podcasts [Wirtschaftliche Freiheit](#). Prof. Christian Breyer hat ihm 2020 die wissenschaftliche Qualifikation abgesprochen und als Braunkohle-Sympathisanten bezeichnet^[67]; Weimanns Entgegnung ist [hier](#) abrufbar.

2025 ist der Ordnungspolitische Preis des Verbands [Die Familienunternehmer](#) an die Mitglieder des Expertenrats für eine Veröffentlichung in der FAZ verliehen worden.^[68]

Finanzen

Laut [Lobbyregister](#) hatte R21 im Jahr 2024 ca. 128 Tsd. Euro Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und ca. 503 Tsd. Euro aus Spenden. Größere [Projektbezogenen Spenden](#) wurden getätigt von: Peter-Alexander Wacker (ehem. Vorstandsvorsitzender der Wacker Chemie, Mitglied des Aufsichtsrats): 90.001 bis 100.000 Euro; Joh. A. Benckiser Service GmbH: 150.001 bis 160.000 Euro.

Einzelnachweise

1. ↑ [Mission](#), denkfabrik-r21.de, abgerufen am 08.04.2026
2. ↑ [AfD kleinkriegen? „Sicher nicht, indem man sie hinter einer Brandmauer quarantänisiert](#), denkfabrik-r21.de vom 26.02.2026, abgerufen am 08.04.2026
3. ↑ [Umgang mit Rechtspopulisten](#), stern.de vom 19.09.2023, abgerufen am 08.04.2026
4. ↑ [Umgang mit Rechtspopulisten](#), stern.de vom 19.09.2023, abgerufen am 08.04.2026
5. ↑ [Umgang mit Rechtspopulisten](#), stern.de vom 19.09.2023, abgerufen am 08.04.2026
6. ↑ [Chef der Grundwertekommission tritt zurück](#), sueddeutsche.de vom 27.09.2023, abgerufen am 09.04.2026
7. ↑ [AfD kleinkriegen? „Sicher nicht, indem man sie hinter einer Brandmauer quarantänisiert](#), denkfabrik-r21.de vom 26.02.2026, abgerufen am 08.04.2026
8. ↑ [Wo verläuft die Brandmauer?](#), sueddeutsche.de vom 25.11.2025, abgerufen am 10.04.2026
9. ↑ [Wo verläuft die Brandmauer?](#), sueddeutsche.de vom 25.11.2025, abgerufen am 10.04.2026

10. ↑ [Familienverband ändert Umgang mit AfD](#), tagesschau.de vom 01.12.2025, abgerufen am 10.04.2026
11. ↑ [Klare Distanz zur AfD](#), familienunternehmer.eu, abgerufen am 01.12.2025
12. ↑ [Global Network: Member Institutes](#), efotw.org, abgerufen am 26.04.2026
13. ↑ [Annual Report 2024](#), fraserinstitute.org, abgerufen am 26.04.2026
14. ↑ [6 Billionaire Fortunes Bankrolling Project 2025](#), desmog.com vom 14.08.2024, abgerufen am 26.04.2026
15. ↑ [CO2-Preis: Hilft der Emissionshandel dem Klima?](#), quarks.de, abgerufen am 19.04.2026
16. ↑ [CO2-Preis: Hilft der Emissionshandel dem Klima?](#), quarks.de, abgerufen am 19.04.2026
17. ↑ [Claudia Kemfert: Kurzschluss, Frankfurt/New York 2026](#), S. 101
18. ↑ [Claudia Kemfert: Kurzschluss, Frankfurt/New York 2026](#), S. 77
19. ↑ [Neustart für eine bürgerliche Klima- und Energiepolitik](#), denkfabrik-r21.de, abgerufen am 17.04.2026
20. ↑ [Paternalismus und Ökodiktatur](#), mill-institut.de, abgerufen am 11.04.2026
21. ↑ [„Haarsträubender Klimaskeptikerquatsch“? Warum es Kritik am FDP-Gutachten zum Tempolimit gibt](#), rnd.de vom 01.03.2023, abgerufen am 12.04.2026
22. ↑ [„Haarsträubender Klimaskeptikerquatsch“? Warum es Kritik am FDP-Gutachten zum Tempolimit gibt](#), rnd.de vom 01.03.2023, abgerufen am 12.04.2026
23. ↑ [Policy Experts](#), hearland.org, abgerufen am 17.12.2025
24. ↑ [Anschalt-Konferenz: Reaktivierung deutscher AKW ist möglich](#), nuklearia.de vom 23.05.2025, abgerufen am 15.04.2026
25. ↑ [Atomkraft, ja gerne!](#), sueddeutsche.de vom 27.12.2021, abgerufen am 14.04.2026
26. ↑ [O'Shaughnessy Ventures Backs Energy Consultant Bringing Nuclear Power Back to Germany](#), prnewswire.com 10.05.2025, abgerufen am 14.04.2026
27. ↑ [O'Shaughnessy Ventures Backs Energy Consultant Bringing Nuclear Power Back to Germany](#), prnewswire.com 10.05.2025, abgerufen am 14.04.2026
28. ↑ [Kerntechnik Deutschland e.V.](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 15.04.2026
29. ↑ [Warum die Debatte um die Atomkraft nicht endet](#), sueddeutsche.de vom 17.04.2026, abgerufen am 17.04.2026
30. ↑ [Carsten Schneider zur Atomkraft-Aussage der EU-Kommissionspräsidentin](#), bundesumweltministerium.de vom 10.03.2026, abgerufen am 18.04.2026
31. ↑ [Staat fördert umstrittene Denkfabrik](#), tagesspiegel.de vom 23.09.2025, abgerufen am 19.04.2026
32. ↑ [Denkfabrik 21 OERR](#), denkbefabrik-r21.de/tag.oerr, abgerufen am 19.04.2024
33. ↑ [Alice Klinkhammer](#), denfabrik-R21.de, abgerufen am 18.04.2026
34. ↑ [NZZ Chefredakteur kämpft mit uralter „Nazi-Schlampe“ gegen ARD und ZDF](#), uebermedien.de vom 08.10.2025, abgerufen am 10.04.2025
35. ↑ [NZZ Chefredakteur kämpft mit uralter „Nazi-Schlampe“ gegen ARD und ZDF](#), uebermedien.de vom 08.10.2025, abgerufen am 10.04.2025
36. ↑ [Rundfunkbeitrag verstößt nicht gegen Verfassungsrecht - Klagen abgewiesen](#), verwaltungsgerichtshof-baden-wuerttemberg.justiz-bw.de, abgerufen am 22.04.2026
37. ↑ [Rundfunkbeitrag verstößt nicht gegen Verfassungsrecht - Klagen abgewiesen](#), verwaltungsgerichtshof-baden-wuerttemberg.justiz-bw.de, abgerufen am 22.04.2026
38. ↑ [R21: Mit Spahns Millionen gegen die Brandmauer?](#), campact.de vom 22.01.2026, abgerufen am 19.04.2026
39. ↑ [Mit Steuergeld gegen die Brandmauer](#), spiegel.de vom 04.12.2025, abgerufen am 19.04.2026
40. ↑ [Vorstand](#), kas.de, abgerufen am 20.04.2026
41. ↑ [Union und SPd verschaffen konservativer Denkfabrik staatliche Fördergelder](#), rnd.de vom 23.09.2025, abgerufen am 19.04.2026

42. ↑ [Staat fördert umstrittene Denkfabrik](#), tagesspiegel.de vom 23.09.2025, abgerufen am 19.04.2026
43. ↑ [Regierung: Bisher keine Zuwendung an Denkfabrik Republik 21](#), bundestag.de vom 01.12.2025, abgerufen am 19.04.2026
44. ↑ [Schwarz-rote Koalition will Förderung für konservative Denkfabrik R21 verdoppeln](#), rnd.de vom 14.11.2025, abgerufen am 19.04.2026
45. ↑ [R21: Mit Spahns Millionen gegen die Brandmauer?](#), campact.de vom 22.01.2026, abgerufen am 19.04.2026
46. ↑ [Chef der Grundwertekommission tritt zurück](#), sueddeutsche.de vom 27.09.2023, abgerufen am 09.04.2026
47. ↑ [Dr. Harald Mosler](#), mosler-partner.com, abgerufen am 09.04.2026
48. ↑ [Dr. Harald Mosler](#), ivd.net, abgerufen am 09.04.2026
49. ↑ [Kubicki zwingt die Liberalen zur Richtungsentscheidung](#), sueddeutsche.de vom 07.4.2026, abgerufen am 09.04.2026
50. ↑ [Beiratsmitglieder](#), familienunternehmer.eu, abgerufen am 11.04.2026
51. ↑ [Friedrich A. von Hayek Gesellschaft](#), archivierte Seite von hayek.de, abgerufen am 10.04.2026
52. ↑ [2045 - Klimaneutral und pleite? Ein klimapolitischer Reformvorschlag](#), denfabrik-r21.de vom 26.09.2025, abgerufen am 18.04.2026
53. ↑ [Curriculum Vitae](#), zeppelin-university.com, abgerufen am 12.04.2026
54. ↑ [Autorenseite](#), achgut.com, abgerufen am 12.04.2026
55. ↑ [Was wurde aus Manuel Frondel und seiner Berechnung zur Solarstrom-Förderung?](#), brandeins.de, abgerufen am 12.03.2026
56. ↑ [Experte kritisiert Habecks Verbote: „Auf dem Weg in die Öko-Diktatur“](#), focus.de vom 13.03.2023, abgerufen am 12.04.2026
57. ↑ [Nils Hesse](#), eucken.de, abgerufen am 12.04.2026
58. ↑ [Was wurde aus Manuel Frondel und seiner Berechnung zur Solarstrom-Förderung?](#), brandeins.de, abgerufen am 12.03.2026
59. ↑ [Experte kritisiert Habecks Verbote: „Auf dem Weg in die Öko-Diktatur“](#), focus.de vom 13.03.2023, abgerufen am 12.04.2026
60. ↑ [Nils Hesse](#), eucken.de, abgerufen am 12.04.2026
61. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 15.03.2026
62. ↑ [Wir hören zu/Gipfel der CDU/CSU-Fraktion](#), cducsu.de, abgerufen am 17.03.2024
63. ↑ [Atomkraft, ja gerne!](#), sueddeutsche.de vom 27.12.2021, abgerufen am 14.04.2026
64. ↑ [O'Shaughnessy Ventures Backs Energy Consultant Bringing Nuclear Power Back to Germany](#), prnewswire.com 10.05.2025, abgerufen am 14.04.2026
65. ↑ [O'Shaughnessy Ventures Backs Energy Consultant Bringing Nuclear Power Back to Germany](#), prnewswire.com 10.05.2025, abgerufen am 14.04.2026
66. ↑ [Ökonom Joachim Weimann erhält den Ordnungspolitischen Preis](#), familienunternehmer.eu vom 30.01.2020, abgerufen am 16.04.2026
67. ↑ [Gastbeitrag](#), hans-josef-fell.de vom 16.03.2020, abgerufen am 16.04.2026
68. ↑ [Familienunternehmer zeichnen herausragende Veröffentlichung zum Thema Ordnungspolitik aus - Verleihung des Ordnungspolitischen Preises 2025](#), familienunternehmer.eu vom 13.11.2025, abgerufen am 16.04.2026